

Vorbei mit der Integration in der Schule?

Der Grosse Rat **rüttelt am integrativen Bildungssystem**. Weil ein Beschluss zur Schulgesetzgebung übergeordnetes Recht verletzt, **droht ein Gerichtsstreit**.

Der Bündner Grosse Rat stellt den Grundsatz der Integration von Kindern mit besonderem Förderbedarf in der Volksschule infrage: Der Rat hat gestern einen Auftrag von Gian Michael (BDP, Donat) an die Regierung überwiesen, der eine grundsätzliche Gleichstellung von integrativen, teilintegrativen und separativen Schulungs- und Förderformen bedeutet – und dies sowohl im niederschweligen als auch im hochschweligen sonderpädagogischen Bereich. Nach Ansicht insbesondere der Ratslinken und ihrem SP-Regierungsrat Martin Jäger wird damit übergeordnetes Recht eindeutig verletzt. So verlangt beispielsweise das **Behindertengleichstellungsgesetz** des Bundes eine Integration **behinderter** Kinder in die Regelschule soweit dies möglich ist und es dem Kindeswohl dient. CVP-Grossrat Ilario Bondolfi, Präsident von **Procap** Grischun, will den Entschluss des Rates nicht einfach hinnehmen. **Procap** Grischun behalte sich rechtliche Schritte vor, sagte Bondolfi gegenüber dem BT. So sei es möglich, dass mit einem Präzedenzfall vor dem Verwaltungsgericht Klarheit geschaffen werde. Der Rechtsanwalt zeigte sich überzeugt, dass Gemeinden den neuen Grund-



Eine Niederlage auch für den Bündner Erziehungsdirektor: **Martin Jäger** verfolgt die Schuldebatte im Grossen Rat. (FOTO OLIVIA ITEM)

satz nutzen könnten, um auf die Integration etwa von **behinderten** Kindern in der Schule zu verzichten.

In einer vorangegangenen Bildungsdebatte hatte der Grosse Rat zudem die Wiedereinführung von Einführungsklassen beschlossen. Damit sollen wieder Möglichkeiten geschaffen werden, die den Bedürfnissen von lernschwächeren Kindern zum Schuleintritt besser gerecht werden. Die Einführungsklassen sollen auch integrativ – also se-

parat etwa nur in Mathematik und Deutsch – geführt werden können.

Für eine sichere Landesgrenze

Angesichts wachsender Migrantenströme überwies der Rat zudem einen Auftrag zur Stärkung der Bestände des Grenzwachtkorps an der Südgrenze. Auch soll mit einer Landesinitiative in Bern eine Aufstockung gefordert werden. (LUB/WI)